**Zeitschrift:** Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung

**Herausgeber:** Pro Senectute Schweiz

**Band:** 77 (1999)

**Heft:** 12

Artikel: Was tun gegen Armut, Arbeitlosigkeit und Ausgrenzung? : Für eine

solidarische Gesellschaft

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-725870

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Was tun gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung?

## Für eine solidarische Gesellschaft

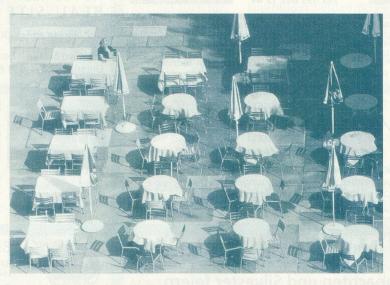
Wie kann soziale Sicherheit für möglichst alle erreicht werden? Was soll der Staat leisten, was kann auf privater Basis besser gelöst werden? Der Basler Soziologe Ueli Mäder untersucht in seinem Buch «Für eine solidarische Gesellschaft» die Frage, wie sich Selbsthilfe und Solidarität verknüpfen lassen, und zeigt anhand aktueller Projekte, wie konkrete Lösungsvorschläge aussehen können.

rmut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Krise des Sozialstaates, neue Unübersichtlichkeit, Risikogesellschaft und Werteverlust – diese Stichworte deuten an, was an der Schwelle des 21. Jahrhunderts viele Menschen beschäftigt. Viele Publikationen weisen darauf hin, dass der sich verbreitende Individualismus den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Ob dies zutrifft, wäre nach Meinung von Ueli Mäder zu prüfen. Unbestritten sei jedoch das Ziel, sozia-



Ueli Mäder, Soziologe, geboren 1951, lebt in Basel. Er leitete die Studie «Armut im Kanton Basel-Stadt» (1991) und die «Sozialuntersuchung Baselland – Alter» (1995). Als Dozent unterrichtet er an der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit beider Basel und an der Universität Basel.

Sein neustes Buch «Für eine solidarische Gesellschaft» ist 1999 im Rotpunktverlag herausgekommen und ist für Fr. 36.— im Buchhandel oder auch über die ZEITLUPE (plus Versandspesen) zu beziehen (ISBN 3-85869-178-X).



Titelbild des Buches «Für eine solidarische Gesellschaft» von Ueli Mäder.

le Sicherheit für möglichst alle Menschen zu erreichen. Bei der Diskussion über das «Wie» setzen die einen mehr auf staatliche, andere mehr auf private Anstrengungen. Immer gehe es um jene zentrale Schnittstelle zwischen der persönlichen und der gesellschaftlichen Verantwortung.

Ueli Mäder interessieren vor allem Fragen wie: Was soll die kleinere Einheit eines Gemeinwesens tun, was die grössere? Wie kommen sozial Benachteiligte dazu, sich für eigene Interessen einzusetzen? Welche Unterstützung benötigen sie? Auf der Suche nach Antworten knüpft Mäder an frühere Erhebungen an (siehe Kasten). Zum Fazit gehört sein Vorschlag, die Haus- und Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen, die Grundsicherung zu stärken und grenzüberschreitend zu harmonisieren; in der Schweiz liessen sich zudem die Ergänzungsleistungen auf alle Einkommensschwachen ausweiten. So gesehen könnten mehr Bürgerinnen und Bürger «soziale Zeit» leisten und ihre Fähigkeiten für das Gemeinwohl einsetzen.

Das Modell der Sozialzeit knüpft an die Idee des Sozialdienstes an. Sie würde aber nach Ueli Mäders Vorstellungen über den limitierten Zivildienst hinausgehen. Die Sozialzeitkonzeption zielt nach seinem Verständnis nicht darauf ab, die professionelle Sozialarbeit oder bestehende sozialstaatliche Leistungen zu ersetzen. Sie könne nebst dem sich ausweitenden Sozialbereich auch kulturell oder ökologisch wertvolle Akti-

vitäten umfassen. Ein wichtiges Arbeitsfeld sieht Mäder im steigenden Pflegebedarf.

Bis heute werden Pflegeleistungen in den meisten Ländern überwiegend von Angehörigen erbracht. Laut einer OECD-Studie sinkt jedoch mit der stagnierenden Geburtenentwicklung das Potenzial an jenen (meist weiblichen und vielfach unbezahlten) Personen mittleren Alters, welche (als privater «Wohlfahrtsstaat») die private Pflegearbeit erbringen.

Trotz der Gefahr eines Qualitätsverlustes sozialer Dienstleistungen hält Mäder es für möglich, eine Sozialzeit für alle einzuführen. Als günstige Möglichkeit sieht er den Zeitraum nach dem Abschluss der ersten Ausbildung. Danach bestünde auch die Chance, die erworbenen sozialen Fertigkeiten zeitlebens weiter anzuwenden. Mäder ist überzeugt, dass die sinnliche Wahrnehmung sozialer Probleme das soziale Handeln und die Solidarität in andern Zusammenhängen fördert.

Eine wirkliche Integration der «sozialen Zeit» in den Alltag setze unabdingbar die Verkürzung der durchschnittlichen Erwerbsdauer und eine gerechtere Verteilung der Haus- und Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen voraus. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung sei auf allen Ebenen umzugestalten. Sonst erweise sich das Konzept einer Ausweitung der Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Sozialarbeit als unsozial.

## Anpassung an die Preisentwicklung bei der BVG-Hinterlassenenund Invaliden-Vorsorge

Gemäss dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) müssen die Hinterlassenen- und Invalidenrenten der obligatorischen zweiten Säule periodisch der Entwicklung des Indexes der Konsumentenpreise angepasst werden. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat dazu den entsprechenden Anpassungssatz zu berechnen und bekannt zu geben.

Das BVG schreibt vor, dass der Teuerungsausgleich für diese Hinterlassenen- und Invalidenrenten der beruflichen Vorsorge zum ersten Mal nach dreijähriger Laufzeit gewährt werden muss. Die darauf folgenden Anpassungen der BVG-Renten sind mit dem Anpassungs-Rhythmus der AHV gekoppelt, erfolgen also auf den gleichen Zeitpunkt wie die Anpassungen der AHV-Renten.

Auf den 1. Januar 2000 müssen nun erstmals diejenigen obligatorischen

Hinterlassenen- und Invalidenrenten der dreijährigen Preisentwicklung angepasst werden, die im Laufe des Jahres 1996 zum ersten Mal ausgerichtet wurden. Der Anpassungssatz für diese Renten beträgt 1,7 %. Wenn die Rente über das vom Gesetz vorgeschriebene Minimum hinausgeht, ist der Teuerungsausgleich nicht obligatorisch, falls die Gesamtrente höher ist als die der Preisentwicklung angepasste BVG-Rente.

Die so genannten nachfolgenden Anpassungen erfolgen auf den gleichen Zeitpunkt wie die Anpassungen der Renten der AHV. Das heisst, dass die BVG-Hinterlassenen- und Invalidenrenten, welche vor 1996 zum ersten Mal ausgerichtet wurden, auf den 1. Januar 2000 nicht angepasst werden.

Die BVG-Altersrenten sind der Preisentwicklung anzupassen, sofern es die finanziellen Möglichkeiten der Vorsorgeeinrichtung erlauben. Der Entscheid darüber liegt beim paritätischen Organ der Vorsorgeeinrichtung.

Bundesamt für Sozialversicherung Informationsdienst



Unabhängige und erfahrene Fachleute beraten Sie und bieten Ihnen wertvolle Entscheidungsgrundlagen – diskret und ohne Zeitdruck.

Wir informieren Sie unverbindlich und persönlich unter Telefon 01/421 51 51.





